

Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

November 2014

Informationsbrief

3/2014

Seite

Editorial, Pfarrer Dieter Kuller	2
Die Macht des kindlichen Glaubens, Kirchenblatt St Johannis, Pabianice/PL 1896..	2
Müssen wir die Welt verbessern? Pfarrer Dieter Kuller.....	4
Warum wollen wir Gott ins Handwerk pfuschen? Wolfgang Polzer, idea	7
Der „Grundlagentext“ der EKD zum Reformationsjubiläum 2017-ein Abgesang? Arno P. Müller	8
Die Familie und der Zeitgeist	11
Wenig beachtete Aspekte bei einem lange diskutierten Thema, Walter Rominger	11
Schadet die Krippe Kleinkindern? idea	12
Nachrichten:	
Über den Kampf für ungeborene Kinder, Bolko v. Bonin, idea.....	13
Verfolgte Christen, idea	15
Oekumene, idea.....	16
Zur Integration von Muslimen, idea	18
Aufgelesen, EKD, idea.....	19
Nachruf zum Tod von Wolfhart Pannenberg Pfarrer Dieter Kuller	22
Literaturhinweise	23
Impressum	24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

an erster Stelle soll diesmal ein herzlicher Dank an die Spender stehen, die den Druck und Versand dieses Infobriefes wieder möglich gemacht haben. Es sind große und viele kleine Spenden, die uns helfen, die gestiegenen Kosten aufzufangen. Die Notwendigkeit, dass unser von vielen Seiten angefochtener christlicher Glaube immer wieder durch die Besinnung auf Schrift und Bekenntnis gestärkt wird, besteht nach wie vor. Viele, gerade auch engagierte Christen, setzen sich angesichts der Katastrophen und Kriege für eine Verbesserung dieser Welt ein. Ich habe versucht, zu Fragen aus diesem Bereich eine biblisch begründete Antwort zu finden. Nach wie vor sorgt der Grundlagentext der EKD zum Reformationsjubiläum „Rechtfertigung und Freiheit“ für Diskussionen. Obwohl er auch eine ganze Reihe guter Gedanken und Überlegungen enthält – z. B. unter Pkt. 2.2.2 der Satz „Die Kirche darf sich nicht mit diesem oder jenem beschäftigen, sondern muss die Geschichte von Leben, Sterben und Auferstehen Jesu Christi erzählen; dafür ist die Kirche da“ oder Pkt. 2.5.2 „An der Schrift sind kirchliche Lehre und kirchliche Praxis immer wieder neu zu messen“ – bleibt bei genauerem Studium des Textes doch ein kritisches Gesamturteil (s. Artikel von Arno P. Müller, S.8). Aktuelle Infos zu den Themen 'Familie', 'Abtreibung', 'Ökumene' usw. sollen wie immer zu einer sachlichen und biblisch begründeten Urteilsbildung helfen.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine vom Lob Gottes geprägte Zeit im Blick auf das Christfest und getrostes Vertrauen auf Gottes Geleit auch im Neuen Jahr.

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Die Macht des kindlichen Glaubens

entdeckt von unserem Leser Peter Kirsch, Pabianice/Polen

im Kirchenblatt der Lodzer Evang.-Luth. St. Johannis-Gemeinde vom 30. 3. 1896

- eine etwas andere Weihnachtsgeschichte -

Vor einiger Zeit hatte ich die Freude, einen Studiengenossen, der jetzt ein hohes richterliches Amt bekleidet und den ich als entschiedenen Ungläubigen auf der Universität gekannt hatte, jetzt als einen aufrichtigen, demütigen Christen wiederzufinden; und den hatte weder ein Professor, noch ein Geistlicher, sondern ein kleines Kind zur Umkehr gebracht.

Wie dies zugeht, erzählte er mir selber und sagte: Sie wissen, daß ich als junger Mann dem Glauben völlig entfremdet war. Die Gebete meiner frommen Mutter schienen an mich verloren zu sein. Gott war mir ein abstrakter Begriff, und Jesus hielt ich für einen tugendhaften, weisen Mann und Märtyrer seiner Lehre. Was die Bibel von Himmel und Hölle sagt, erklärte ich für phantastische Bildersprache. Und dennoch erzog ich, als ich eine Familie gegründet, meine Kinder im Geiste des Christentums. Es war mir klar, wie gefährlich es für die sittliche Entwicklung eines Kindes ist, wenn es schon früh dem Unglauben in die Arme geworfen wird, ich hatte genug Jünglinge gesehen, die zu einem jammervollen Spielball aller Leidenschaften und Laster geworden waren, nachdem die Gottesfurcht aus ihrem Herzen gewichen war.

Eines Abends sagte mir meine Frau, daß unser kleiner Karl sehr unartig gewesen sei. Ich tadelte ihn ernstlich und wandte mich mit finstrier Miene von ihm ab. Als er dann zu Bett gebracht wurde, lag er eine Weile ganz still, dann fing er plötzlich an laut zu weinen und zu schluchzen. Ich ging zu ihm und sagte: „Was weinst Du?“ Erst konnte er kaum reden, dann brachte er hervor: „Ach, Vater, die Engel!“ - Erstaunt rief ich: „Nun, was ist's damit?“ - „Die Engel haben das nun aufgeschrieben – in dem lieben Gott Seinem Buch.“ Des Knaben Stimme verlor sich in krampfhaftes Schluchzen. - „Ja freilich haben sie das!“ sagte ich, „das kommt davon, wenn man der Mutter nicht gehorsam ist.“ - „Ach, Vater, kann denn das nicht wieder aus dem Buche ausgewischt werden?“ flehte das Kind und wendete mir angstvoll sein von Tränen überströmtes Gesichtchen zu. Mich rührte der reuige Sünder; ich glaubte ja selbst nicht, daß es Engel gebe, ich mußte aber doch auf seine Gedanken eingehen. Ich sagte also: „Ja, Karl, die böse Geschichte von deinen Untaten kann wieder ausgewischt werden, du mußt aber den lieben Gott bitten, daß Er sie dir wieder vergibt.“ - „Ach ja, Vater“, rief der Knabe, sich schnell emporrichtend - „das will ich! Soll ich vielleicht hinknien, das ist vielleicht besser?“ - „Ja mein Kind, kniee nur.“ Mit einem Satze war Karl aus dem Bette; seine Augen leuchteten, und nachdem er ein wenig nachgesonnen hatte, rief er: „Vater, ich glaube, es ist noch besser, wenn du mitkniest, damit tut's der liebe Gott gewiß eher.“ - Was half meine Verlegenheit; es war ein ungewohntes Stück, und um alles in der Welt hätte ich mich nicht vor meinem Gesinnungsgenossen sehen lassen – aber ich kniete wirklich an des Kindes Seite nieder. - „Ach, Vater, nun bete für mich, du kannst dem lieben Gott alles besser sagen.“ Ich betete also – freilich mit eigentümlichem Empfinden – es ging etwas ganz Unbeschreibliches in meinem Innern vor. Nach dem Amen standen wir auf, und Karl fragte mit einem Ernste, der mich erschütterte: „Vater, ist das nun aber ganz gewiß ausgewischt, was von mir in dem großen Buche gestanden hat?“ - „Ja, mein Kind, ganz gewiß.“ - Wieder nach einer Pause: „Womit haben denn die Engel das ausgewischt; mit einem Schwamm?“ - „Nein, Karl, mit dem Blute unseres Heilandes.“ - Karl fiel in ein langes Stillschweigen, dann wendete er seine noch in Tränen schwimmenden Augen voll und ernst auf mich und sagte: „Vater, hast du auch schon in dem großen Buche gestanden?“ - „Ja, leider!“ - „Und Mutter auch; hat die auch Sünde getan?“ - „Ja!“ - „Aber eure Sünden sind doch auch ausgewischt?“ - Es überlief mich bei dem Examen des Kindes ein Zittern und Beben; es war mir, als stände ich nicht vor einem Kinderantlitz, sondern vor dem Flammenauge des ewigen Richters. Mit leiser Stimme antwortete ich: „Ich hoffe – ja.“ Hinter mir vernahm ich unterdrücktes Weinen; meine Frau war mit nachgegangen und hatte die ganze Unterredung mit angehört. Sie sank an meine Brust und ich zog sie nieder auf die Knie und da beteten wir – Vater, Mutter und Kind – zu dem gnädigen und barmherzigen Gott, der uns fremd geworden war, und nun die Verirrten um des Blutes Jesu willen wieder aufnahm. Jetzt glauben wir, daß unser Karl vor uns geglaubt hat, und die Gebete meiner Mutter waren erhört.

Müssen wir die Welt verbessern?

Wunsch und Wirklichkeit

In ihrem neuen Buch 'mehr als **ja** und **amen**' (adeo 2013) schreibt Margot Käßmann: „Oh ja, die Gebote, die biblischen Texte waren und sind politisch. Und: Oh ja, ich will in dieser Tradition die Welt verbessern, immer noch! Und ich begreife nicht, warum das Wort 'Weltverbesserer' zum Schimpfwort geworden ist.“ (S. 13). Als Begründung führt sie aus: „Du kannst etwas tun! Menschen gestalten die Welt, sie können sie also auch verändern. Wir sind doch nicht ausgeliefert an ein anonymes System, das irgendwie funktioniert, sondern alles wird gestaltet und verantwortet von Menschen und ist deshalb auch veränderbar!“ (S. 27). Landesbischof Bedford-Strohm sagte in seinem Synodalbericht im November 2012: „Durch Gottes Sendung in die Welt erfahren wir sein Reich mitten unter uns. Solche Reich-Gottes-Erfahrung zeigt sich, wenn Menschen zum Glauben finden. Und sie zeigt sich, wenn in der Welt das wächst, was Jesus in so vielen kraftvollen Gleichnissen des Himmelreichs vor Augen gemalt hat: eine gerechte Welt, in der alle genug zum Leben haben, die Überwindung von Gewalt, die Versöhnung stiftet und ein Verhältnis zur Natur, das ihren Charakter als Schöpfung Gottes wirklich ernst nimmt und daher aufhört, sie zu zerstören.“ Hinter diesen Überlegungen steht die Überzeugung, es gehe aufwärts mit der Welt und wir könnten dabei mitwirken. Haringke Fugmann, der Beauftragte der ELKB für religiöse und geistige Strömungen, greift in einem in den 'Nachrichten der ELKB' veröffentlichten Aufsatz die Frage vieler heutiger Menschen auf: „Wie kann die Menschheit und der Planet Erde das 21. Jahrhundert überleben? Wie kann die Menschheit mit den destruktiven Konsequenzen des Wachstums und der Industrialisierung so umgehen, dass sie sich nicht selbst den Garaus macht und die Erde gleich mit vernichtet?“ Er antwortet darauf wieder mit zwei Fragen: „Was kann das Christentum dazu beitragen, diese Frage zu beantworten? Und: Wie kann man angesichts dieser Herausforderungen von der Gnade Gottes und von Hoffnung sprechen?“ (Nachrichten 4/2014, S. 104). Verantwortungsbewusste Christen wie Margot Käßmann und Landesbischof Bedford-Strohm bemühen sich ernsthaft um eine Antwort, die weiterführt und Grund zur Hoffnung gibt.

Leider gibt ein Blick auf die Wirklichkeit dieser Welt wenig Grund zur Hoffnung. Da sind die Kriegs- und Krisengebiete dieser Erde wie Ukraine und Palästina, Syrien und Irak, Libyen und Mali, Nigeria und Somalia und ständig kommen neue dazu. Die Zerstörungen im Bereich der Ökologie und der Kultur gehen weltweit weiter. Der vor 30 Jahren mit großem Elan gestartete konziliare Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ist ins Stocken geraten. Hat man erkannt, dass diese Aufgabe unsere Kräfte bei weitem übersteigt? Natürlich ist es richtig und notwendig, wenn Margot Käßmann sich in ihrem Buch energisch gegen das Unrecht und all das Leid auf der Welt wendet. Natürlich ist es richtig, wenn unser Bischof sich für die Überwindung von Gewalt und gegen die Zerstörung der Natur einsetzt. Aber wir werden nicht die Welt verbessern. Was sich in ihr abspielt, wird eben nicht alles von Menschen gestaltet und verantwortet. Hier sind Mächte am Werk (Eph 6,11 f), gegen die „mit unsrer Macht nichts getan“ ist (Martin Luther, EG Nr. 362).

Die überwundene Welt

Im Neuen Testament ist sehr oft von der Welt (griech. 'kosmos') die Rede. Der entscheidende Satz für alle weiteren Überlegungen zu diesem Komplex steht im Johannesevangelium. In seiner sogen. Abschiedsrede sagt Jesus zu den Jüngern: „*In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.*“ (Joh 16,33). Jesus hat die Welt nicht verbessert und er hat auch von seinen Jüngern nicht erwartet, dass sie die Welt verbessern. Er hat die Welt überwunden. Im griechischen Urtext ist der Satz noch deutlicher. Wörtlich übersetzt sagt Jesus: „*Ich habe die Welt besiegt.*“ Eine überwundene, eine von Jesus besiegte Welt lässt sich nicht verbessern, weder durch Christen noch durch andere Mächte. Das zeigt auch ein Blick in die Geschichte. Es gab im vergangenen Jahrhundert einige, die vorgaben, dass sie die Welt besser machen wollten: Lenin, Hitler, Stalin, Mao – um nur die bekanntesten zu nennen. Es kam keine Verbesserung, es kamen Katastrophen in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß, trotz oder gerade wegen der gewaltigen Kräfte, die mobilisiert wurden. „Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle“ (Karl Popper).

Tatsache ist: Die Welt steht unter dem Gericht Gottes (Rö 3,6; 1.Kor 11,32; 1.Kor 6,2). Alle Welt ist vor Gott schuldig (Rö 3,19). Bei seinem Einzug in Jerusalem sagt Jesus: „*Jetzt ergeht das Gericht über diese Welt; nun wird der Fürst dieser Welt ausgestoßen werden.*“ (Joh 12,31). Die Welt ist der Inbegriff der durch den Sündenfall zerrütteten und unter dem Gericht stehenden Schöpfung Gottes. Sie ist der Schauplatz, auf dem sich das Drama der Erlösung abspielt (THWNT III / S. 893 f). Jesus ist in die Welt gesandt, *damit alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben* (Joh 3,16) und das liegt jenseits dieser Welt. Jesus ist nicht von dieser Welt (Joh 8,23), so wie auch sein Reich nicht von dieser Welt ist (Joh 18,36). Jesus ist das Licht (Joh 8,12) und der Retter der Welt (Joh 12,47), „*aber die Welt erkannte ihn nicht. Er kam in sein Eigentum; und die Seinen nahmen ihn nicht auf. Wie viele ihn aber aufnahmen, denen gab er Macht, Gottes Kinder zu werden, denen, die an seinen Namen glauben*“ (Joh 1,10 ff). So wie Jesus die Welt besiegt, überwunden hat, so werden auch die an ihn Glaubenden die Welt besiegen: „*Alles, was von Gott geboren ist, überwindet die Welt; und unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat.*“ (1. Joh 5,4). Wer glaubt, dass Jesus Gottes Sohn ist, hat die Welt überwunden und besiegt (1. Joh 5,5). Glaube im Sinne der Bergpredigt impliziert, dass wir unsere Feinde lieben sollen (Mt 5,44), was den Streit in der Welt verringern und damit auch einen Sieg über die Welt bedeuten würde.

Gäste und Fremdlinge

Diese von der Bibel gezeichnete Sicht der Welt widerspricht der verbreiteten Ansicht, dass diese Welt zu verändern ist in Richtung auf eine gerechtere und friedvollere Welt. Aber es liegt nicht in unserer Macht, das Steuer herumzureißen. Wir haben dazu weder die Kraft noch eine Verheißung. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen, auch nicht, dass wir uns distanzieren oder von der Welt zurückziehen. Als Christen sind wir mit einem ganz bestimmten Auftrag in die Welt gesandt. Noch immer gilt der Missionsbefehl Jesu: „*Geht hin in alle Welt und predigt das Evangelium aller Kreatur!*“ (Mk 16,15). Wir sind nicht auf der Welt, um ihr Frieden

zu bringen, auch wenn das heute gerade von vielen Christen gefordert wird. Jesus sagt von sich: *„Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert“* (Mt 10,34). Jesus wurde keineswegs als der große Friedensbringer wahrgenommen, sondern als der, der Unruhe und Unfrieden erzeugte, der Familien spaltete (Lk 12,51-53) und ganz Städte in Aufruhr versetzte, sei es durch sein persönliches Erscheinen (Mt 21,10), sei es durch seine Boten (Apg 19,23-40). Diese Seite von Jesus wird heute gerne verschwiegen. Sie gehört aber zu ihm wie auch das andere Wort: *„Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden; was wollte ich lieber, als dass es schon brennte!“* (Lk 12,49).

Alles, was wir als Christen tun sollen und können und was Jesus u. a. in der Bergpredigt nennt – Leid tragen, sanftmütig, barmherzig und friedfertig sein, nach Gerechtigkeit streben (Mt 5,3-10) – macht ja die Welt nicht friedlicher, im Gegenteil, es macht die Welt aggressiver (1.Petr 4,4). Christen sind die weltweit am meisten verfolgte Religionsgemeinschaft. Noch nie in ihrer 2000-jährigen Geschichte wurden so viele Christen verfolgt wie in unserer Zeit. Es geschieht genau das, was Jesus angekündigt hat: *„Wenn euch die Welt hasst, so wisst, dass sie mich vor euch gehasst hat. Wäret ihr von der Welt, so hätte die Welt das Ihre lieb. Weil ihr aber nicht von der Welt seid, sondern ich euch aus der Welt erwählt habe, darum hasst euch die Welt“* (Joh 15,18 f; Mt 5, 11-12). Was Paulus von sich und seinen Mitarbeitern schreibt, erleben viele Christen in muslimischen Ländern am eigenen Leib: *„Ich denke, Gott hat uns Apostel als die Allgeringsten hingestellt, wie zum Tode Verurteilte. Denn wir sind ein Schauspiel geworden der Welt und den Engeln und den Menschen. ... Wir sind geworden wie der Abschaum der Menschheit (griech. = Welt), jedermanns Kehricht, bis heute“* (1.Kor 4, 9 u. 13). Auch wenn wir uns nicht alle als Abschaum und Kehricht sehen müssen, so ist doch unverkennbar, dass wir als Christen in dieser Welt ein Fremdkörper sind. Der Hebräerbrief bringt es auf die Formel „Gäste und Fremdlinge“ (Hebr 11,13). Was das heißt, müssen wir erst wieder mühsam lernen. Es steht Gästen und Fremdlingen nicht gut an, wenn sie sich in alles Mögliche einmischen und ungefragt ihre Ratschläge erteilen. V. a. sind Gäste und Fremdlinge nicht dazu berufen, die Welt zu verändern (Rö 12,2). Wir haben einen Auftrag in der Welt. Er besteht darin, das Evangelium von Jesus Christus weiterzusagen in Wort und Tat, auch und gerade auf dem Hintergrund dessen, was in dieser Welt alles schief läuft. Es ist Gottes Langmut, dass seine Zusage aus Gen 8,22 *„Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht,“* noch immer gilt und es ist seine Menschenliebe, dass er allen, die an die Sendung seines Sohnes Jesus Christus glauben das ewige Leben verheißt. (Joh 3,16). Das ist die Botschaft, die wir an die Welt weitergeben sollen. Sie hat Verheißung. (Mt 13,8).

Gottes Neuanfang in der Heiligen Nacht

Wir gehen wieder auf Advent und Weihnachten zu. Advent heißt Ankunft. Nachdem Jesus in der Stadt Jerusalem angekommen war (Mt 21.1-9, Evangelium zum 1. Advent) hofften viele seiner Anhänger, er werde nun ein großes Friedensreich auf der Erde errichten. Sie wurden bitter enttäuscht. *„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“*

sagt Jesus zu Pilatus (Joh 18,36). Wir werden ebenso enttäuscht, wenn wir versuchen, mit unseren Kräften ein Stück vom Reich Gottes auf dieser Erde zu verwirklichen, in dem Gerechtigkeit und Frieden gefördert und der Raubbau an der Natur gestoppt wird. Wir schaffen es nicht. Bleibt uns also nur die Resignation? Nein, die Rettung muss von außerhalb kommen. Sie ist in der Weihnachtsbotschaft des Engels an die Hirten zusammengefasst: „*Euch ist heute der Heiland (wörtl. der Retter) geboren, welcher ist Christus der Herr, in der Stadt Davids*“ (Lk 2,11). In der Heiligen Nacht kommt Gott herab in unsere Welt und macht sie auf diese Weise wieder erträglich, ja lebens- und liebenswert. Wenn Gott die Welt liebt (Joh 3,16), dürfen auch wir sie lieben und uns an ihr freuen wie der Beter des 104. Psalms: „*Herr, wie sind deine Werke so groß und viel! Du hast sie alle weise geordnet und die Erde ist voll deiner Güter*“ (Psalm 104,24). Allerdings ist damit weder das Leid auf dieser Erde noch die Zerstörung der Natur beendet. Das Ziel des göttlichen Handelns ist nicht die Wiederherstellung dieser Welt, sondern ihre Überwindung, an der auch wir teilhaben (s.o.).

„Welt ging verloren, Christ ist geboren: Freue, freue dich, o Christenheit“ (EG Nr. 44), so erklingt es wieder in den Weihnachtsgottesdiensten. Und wir haben Grund zur Freude. Den Frieden in der Welt können wir nicht schaffen, aber durch Jesus haben wir Frieden mit Gott (Rö 5,1). D. h. bei Gott sind wir keine Fremdlinge mehr, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen (Eph 2,19). Mit diesem Rückhalt können und sollen wir das tun, was uns in diesem Leben aufgegeben ist: Vor jedermann Rechenschaft geben über die Hoffnung, die in uns ist, (1. Petr 3,15), eine Hoffnung, die weit über diese Welt hinausreicht, in Gottes Ewigkeit (Rö 8, 18-25). DK

Warum wollen wir Gott ins Handwerk pfuschen?

Wolfgang Polzer (*Redaktionsleiter der Evangelischen Nachrichtenagentur idea*)

Tiefgefrorene Eizellen, Abtreibung und Sterbehilfe sind Ausdruck der Gottlosigkeit. Es scheint paradox: Einerseits wollen wir die Schöpfung bewahren, wenn es um die Umwelt geht – andererseits pfuschen wir dem Schöpfer fast skrupellos ins Handwerk, um unser Eigeninteresse zu wahren. Das jüngste Beispiel liefern die US-Unternehmen Apple und Facebook, die ihren Mitarbeiterinnen das Einfrieren ihrer Eizellen bezahlen. Durch dieses „Social Freezing“ (soziales Einfrieren) ermuntern die Konzerne aus wirtschaftlichem Interesse Frauen dazu, ihren Kinderwunsch bis ins fortgeschrittene Alter aufzuschieben. Diese Manipulation wird als Fortschritt für die Selbstbestimmung der Frau gefeiert – ohne Rücksicht auf das Wohlergehen der Kinder, deren Mütter und Väter im Opa- und Oma-Alter sind, wenn ihre Söhne und Töchter in die Pubertät kommen.

Selbstbestimmung ist das Schlüsselwort am Anfang des Lebens – Selbstbestimmung freilich nur für Erwachsene. Wenn sich ein Baby zu einem unpassenden Zeitpunkt ankündigt, ist für viele Abtreibung das Mittel der Wahl, zumal wenn das Kind eine Behinderung aufweisen könnte wie etwa „Down Syndrom“. Und wenn man sich schon für das Kind entscheidet, soll die Geburt wenigstens „geplant“ vonstatten gehen – daher die wachsende Zahl von Kaiserschnitten.

Sein wollen wie Gott

Selbstbestimmung auch am Ende des Lebens: Jeder Mensch müsse selbst entscheiden können, wann er aus einem als unerträglich empfundenen Leben scheide, argumentieren die Befürworter der Sterbehilfe. Sie öffnen damit aber auch der Fremdbestimmung Tür und Tor, wenn etwa Sieche anderen nicht mehr „zur Last fallen“ sollen. Eines ist klar: Gott, dem Schöpfer, will man die Herrschaft über Leben und Tod nicht mehr überlassen.

Geistlich gesehen spiegelt sich in einer solchen Haltung die Ursünde wider – so sein zu wollen wie Gott. Wir stellen unseren Willen über seinen Willen. Das ist eine Überheblichkeit, die uns Menschen nicht bekommt. Wir werden die Früchte von „Social Freezing“, Abtreibung und Sterbehilfe früher oder später ernten müssen, und sie werden uns nicht bekommen.

Der „Grundlagentext“ der EKD zum Reformationsjubiläum 2017-ein Abgesang?

Arno P. Müller

Unter dem Titel „Rechtfertigung und Freiheit – 500 Jahre Reformation 2017“ hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland im Mai 2014 einen sog. „Grundlagentext“ vorgelegt. In seinem Geleitwort beschreibt der Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider den Inhalt des vorliegenden Textes als „wesentliche theologische Einsichten der Reformationszeit im aktuellen Kontext“. Es gehe bei dem Text „um die Bedeutung der reformatorischen Rechtfertigungslehre und Freiheitserfahrung“, die u.a. auch „im Horizont einer pluralistischen Gesellschaft“ erinnern soll. Der Tenor des Papiers liegt damit fest: Die Reformation, vorgestellt als eine „offene Lerngeschichte“, soll als ein zeitgebundenes und zeitbedingtes sowie nur begrenzt wirksames Ereignis verstanden werden.

Offensichtlich war es das bevorstehende Luther-Jubiläum im Jahre 2017, das die EKD veranlaßte, ein Papier zu erarbeiten, das an die Reformation erinnert und die von den Reformatoren gewonnenen „Einsichten“ der heutigen, einer der Zeit und Welt angepaßten Kirche vermittelt. Für die Erfahrungen, Gefühle und Erwartungen des „heutigen“ Menschen und die Anliegen einer pluralistischen Gesellschaft werden diesen „Einsichten“ allerdings nur geringe Bedeutung zuerkannt. Schließlich bestehe eine „kategoriale historische wie existenzielle Differenz zwischen Menschen des sechzehnten Jahrhunderts und des einundzwanzigsten Jahrhunderts“ (Seite 97). Die Erinnerung an die Reformation erfordere deshalb eine „notwendige Kontextualisierung“ des Reformations-jubiläums 2017 (Seite 23). Nur, wenn es sich um „existenzielle Erfahrungen und Anliegen der Menschen“ handelt, wird der „reformatorischen Botschaft“ eine „enge Verbindung“ zugestanden (Seite 35).

Den Bemühungen, die Unterschiede zur Reformation zu thematisieren und gleichzeitig den eigenen Standpunkt zu rechtfertigen, stehen jedoch zwei Hindernissen im Wege: die Erkenntnisse der Reformatoren (und die mit ihnen entstandene biblisch-reformatorische Lehre) sowie das Zeugnis der Heiligen Schrift. Die Überwindung dieser Hindernisse gelingt jedoch nur scheinbar und nur unter Zuhilfenahme methodischer Praktik und weltanschaulich-philosophischer Überzeugungen.

Wie allgemein beklagt wird, hat sich die heutige, sich als „modern“ empfindende Kirche, mehr und mehr vom Zeugnis der Heiligen Schrift entfernt. Damit distanzierte sie sich auch von den „Einsichten der Reformationszeit“, insbesondere von dem von den Reformatoren wiederentdeckten Schriftprinzip, das die Autorität des Wortes Gottes bezeugt und die Heilige Schrift als alleinigen Maßstab für Lehre und Leben (norma normans) begreift. Um das Schriftprinzip außer Kraft zu setzen, muß die Textauslegung geändert und der gewünschten Zielsetzung dienstbar gemacht werden. Dies gelingt mittels der – auf weltanschaulichen (!) Voraussetzungen basierenden – Methode der historisch-kritischen oder „wissenschaftlichen“ Schriftauslegung. Ihre Anwendung ermöglicht es, Inhalte und Weisungen der Schrift je nach Bedarfslage zu verändern, umzudeuten oder bewußt zu fälschen. Mit dem Verweis auf die seit dem siebzehnten Jahrhundert bekannte „historisch-kritische“ Erforschung der Texte (Seite 84), geben die Verfasser des Grundlagentextes zu erkennen, daß sie sich diese Methode zu eigen gemacht haben. – Unter Berufung auf diese Methode können nach ihrer Meinung die biblischen Texte „nicht mehr so wie zur Zeit der Reformation, als ‚Wort Gottes‘ verstanden werden“. Das *sola scriptura* lasse sich „heute nicht mehr in der gleichen Weise“ vertreten, wie zur Reformationszeit. Auch „funktioniere“ die „alte Entgegenstellung von ‚die Schrift allein‘ und ‚Schrift und Tradition‘“ heute „nicht mehr so wie im sechzehnten Jahrhundert“ (Seite 83 f).

Diese öffentlich gemachte Bewertung biblischer Texte, bedeutet aber nichts anderes als eine Relativierung des Wortes Gottes. Zu Ende gedacht, kommt diese Einstellung der Leugnung der durch das Wort offenbarten Wahrheit gleich. Alle Hemmnisse, das Wort des Menschen nicht über das seines Gottes zu stellen, sind damit beseitigt. Der Mensch kann nun – wie stellvertretend auch kirchenamtliche Institutionen, Verfechter der neuen Theologie etc. – darüber entscheiden, was als Wort Gottes gilt und was nicht. Die „heutige Erfahrung“ wird zum Maßstab. Der zwischen dem Wort Gottes und dem Menschenwort bestehende „Autoritätenkonflikt“ (Reinhard Slenczka), an dem sich die Geister scheiden, gewinnt an Aktualität.

Besonders deutlich zeigt sich die Wirkung historisch-kritischer Denkmuster bei der Behandlung der Rechtfertigungslehre, dem „Herzstück der Theologie und Frömmigkeit“ (Seite 14). Rechtfertigung wird nicht mehr als Gerechtmachung des Sünders allein durch den Glauben durch Jesus Christus verstanden, sondern als menschliche „Erfahrung“. Die „Rechtfertigung des Menschen durch Gott“ sei als „Lebenshilfe“ zu begreifen, für die die fünf Exklusivpartikel (Alleinstellungen) eine „Orientierung“ böten (Seite 46 f). Um die Rechtfertigungslehre „als Antwort auf Fragen heutiger Menschen dienen“ zu lassen, muß zwischen diesen und den „reformatorisch Gesinnten“, „die unter anderen theologischen und philosophischen Voraussetzungen, als die Menschen von heute“ argumentierten, unterschieden werden (Seite 14). Begründet wird diese Unterscheidung mit der Ansicht, die „reformatorisch Gesinnten“ lebten „in einer anderen Geschichte und unter anderen kirchlichen wie politischen Bedingungen“ als heute in „der Situation des religiösen Pluralismus“ (Seite 51 f).

Glaube kommt aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort, das Christus bezeugt (Röm 10,17). Der Glaube ist Gabe Gottes, der Heilige Geist schafft mit dem Wort Glauben. Glaube ist somit „Gemeinschaft mit Christus, der durch den Glauben in

unserem Herzen wohnt“ (R. Slenczka). Da die historisch kritische Schriftauslegung die Historizität der einzelnen Aussagen der Schrift hinterfragt oder verneint, wird sie zur Gefahr auch für den Glauben. Es verwundert deshalb nicht, daß für die Verfasser des Grundlagentextes Glaube nicht als Gabe des Heiligen Geistes gilt, sondern als Menschenwerk. Vom „Rat der EKD wird dekretiert, wie heute und vom heutigen Menschen zu glauben, zu lehren und zu leben ist“ (R. Slenczka). Mit dieser Einstellung wird *sola fide* – in kaum mehr ernst zu nehmender Weise – als „theologischer Grundgedanke“ definiert, es stelle „kein himmlisches Marionettentheater“ dar (Seite 87).

Die Distanzierung von den „Einsichten der Reformationszeit“ sowie die Relativierung des Wortes Gottes gipfelt in der Feststellung: „Die Reformatoren nannten die Bibel ‚Wort Gottes‘“ (Seite 79). Bestandteil christlicher Überzeugung ist jedoch, daß die Bibel in Wort und Inhalt die göttliche Wahrheit ist, die uns in der Schrift als unumstößliche Lehre offenbart wird. In diesem Sinn haben die Reformatoren „theologisch und historisch“ den Standpunkt vertreten: „Die Bibel ist Gottes Wort!“ (R. Slenczka).

Der Grundlagentext gibt Zeugnis davon, daß seine Autoren die von der neuen Theologie forcierte historisch-kritische Schriftauslegung konsequent anwenden. Die Akzeptanz dieser Methode wird unterstützt von einer weltanschaulich geprägten Denkhaltung, die im Pluralismus und im Postmodernismus wurzelt. Einen deutlichen Hinweis hierauf liefert die Feststellung, die im Zusammenhang mit dem interreligiösen Dialog getroffen wird: „So wie ich meine Überzeugung für wahr halte, hat der andere das Recht, seine Überzeugung für wahr zu halten, und umgekehrt“ (Seite 58). Dieser Satz beweist klar die postmoderne Positionierung der Protagonisten. Ihnen scheint es nicht bewußt zu sein, daß es nach postmoderner Auffassung keine absolute Wahrheit gibt. Jede Instanz, die Wahrheit definiert, somit auch der eine und wahrhaftige Gott der Juden und Christen, wird geleugnet. Eine erschreckende Bilanz, die freimütig akzeptiert und als „Grundlage“ publiziert wird.

Ein Ergebnis der von Weltanschauung und Ideologie geprägten Denkhaltung der Verfasser ist u.a. deren positive Haltung zu Genderismus. Im Kapitel „Die Reformation – eine offene Lerngeschichte“ (Seite 34 f) wird die „Geschlechtergerechtigkeit“ zum „genuin evangeliumsgemäßen Wert“ erklärt. An „Reformatorische Kirche und Theologie“ ergeht die Aufforderung, diesen „Wert“ zu verstehen „und Geschlechterhierarchien entschlossen abzubauen“ (Seite 41).

Die Glaubwürdigkeit des Grundlagentextes leidet erheblich unter den sich widersprechenden Einzelaussagen. Z.B. findet sich überraschender Weise an einer Stelle die Bemerkung, daß mit dem „reformatorischen Schriftprinzip“ darauf vertraut werde, „daß Gott durch den Heiligen Geist die richtige Auslegung seines biblischen Wortes seiner Kirche eingibt“ (Seite 38). Kurz zuvor wird noch von der „Transformation des reformatorischen Schriftprinzips in der Neuzeit“ gesprochen und „der heutige Pluralismus der Textauslegungsmethoden“ begrüßt (Seite.37).

Was Wortwahl und Stil des Grundlagentextes anbelangt, so entsprechen diese durchaus der Intention der Verfasser. Sie verraten aber auch deren bereits fortgeschrittene Distanz zu einstigen, schrift- und bekennnisorientierten Überzeugungen.

Geläufige Glaubensbegriffe, wie Offenbarung, dreieiniger Gott, Heilshandeln Gottes, Gottes Gebote, Gericht, Sündenfall, finden kaum oder gar keine Anwendung. Auch Begriffe wie Christus der Herr, Sohn Gottes, Sühnopfer Christi, Demut und Barmherzigkeit, sucht der Leser vergeblich.

Die Beschäftigung mit dem vorliegenden EKD-Papier führt zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine Dokumentation dessen handelt, was uns als Torso einer einst intakten und ernst zu nehmenden evangelischen Kirche in Deutschland verblieben ist. Mit dem Versuch, das reformatorische Erbe zu „kontextualisieren“, werden nicht nur Reformation und Reformatoren sowie deren „Einsichten“ diskreditiert, es besteht auch die Gefahr, daß ein anderes Evangelium gepredigt wird. Somit kommen berechnete Zweifel auf, ob der Auftrag der Kirche, das Evangelium rein zu verkündigen und die Sakramente recht zu verwalten, überhaupt noch erfüllt wird. In diesem Fall verliert diese „Kirche“ ihren Anspruch, wahre Kirche im lutherischen Sinn, oder mit anderen Worten Kirche Jesu Christi zu sein. Ihre 500jährige Geschichte wäre eine Episode.

Der Aufsatz von Prof. Dr. Reinhard Slenczka, D.D. mit den angeführten Zitaten kann per eMail (s. Impressum) bei der Lebendigen Gemeinde München angefordert werden).

Die Familie und der Zeitgeist

Wenig beachtete Aspekte bei einem lange diskutierten Thema

Walter Rominger

Seit Jahresbeginn 2001 stellt die römisch-katholische Kirche in ihren Beratungsstellen keine vom Gesetzgeber geforderten Beratungsscheine mehr aus, die ein straffreie Abtreibung ermöglichen, wollte aber die Beratungen noch intensivieren. Eine Reihe von Initiativen, wie etwa „Kaleb e. V.“ oder „Die Birke“ betreiben bereits seit Jahren eine „erfolgreiche“ Schwangerschaftskonfliktberatung ohne Scheinvergabe. Dies wird daran deutlich, daß nach Angaben dieser Einrichtungen nachweislich schon viele Abtreibungen verhindert werden konnten. Wird jedoch auf die Vergabe des Scheins verzichtet, so ist eine solche Beratung vom Staat nicht mehr anerkannt und damit entfallen staatliche Zuschüsse. Wie die erwähnten Initiativen zeigen, kann dennoch gute Beratungsarbeit geleistet werden, jedenfalls in mehr Freiheit und Gewissensbindung, als wenn eine Einbindung in das vom Staat geforderte Beratungssystem, wenn Zuschüsse fließen sollen. Denn über die staatlichen Zuschüsse wird die Arbeit im Sinne des Staates beeinflussbar, da auch hier ein gutes Stück weit das Sprichwort gilt: Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'

Der Staat aber scheint daran interessiert, daß möglichst viele Anbieter von Schwangerschaftskonfliktberatung in dem von ihm vorgeschriebenen System verbleiben, wenn sie seine Zuschüsse wollen. Er kauft sich Erfüllungsgehilfen. Es fällt auf, daß dem Staat viel daran liegt, daß die Kirchen und ihre Sozialwerke in seinem Beratungssystem verbleiben. Ansonsten kümmern ihn doch die Kirchen nicht so groß und ist er häufig nicht so kirchenfreundlich eingestellt. Das ist doch verdächtig!

Wenn nun von Staatsseite aus so viel Wert darauf gelegt wird, daß die Kirchen ins staatliche System zur Schwangerschaftskonfliktberatung integriert sind, dann steht dahinter die Überlegung, daß die Kirchen als Moralinstanzen gelten und sich nun als solche für politisches und gesellschaftliches Vorgehen gebrauchen, besser: mißbrauchen lassen. Es herrscht die Meinung, wenn die Kirchen dies mittragen, dann kann es doch nicht falsch sein. Und deshalb wird von Staatsseite aus dann Unverständnis gezeigt, wenn eine Kirche nicht mehr mitmacht. Der Staat hat an der kirchlichen Beteiligung in der Hauptsache insoweit Interesse, als sie für sein Vorgehen nützlich sind. Dafür entlohnt er sie sogar mit Zuschüssen. Aber wenn bei dieser Form von Beratung nicht mitgezogen wird, dann kann nicht mehr mit staatlichen Zuschüssen gerechnet werden. Daß der Staat Initiativen, die sich nicht in dieses System einbinden lassen, staatlich nicht fördert, zeigt, daß der Staat nicht an einer Schwangerschaftskonfliktberatung an sich Interesse hat. Sein Interesse besteht lediglich an der ihm genehmen, welche die straffreie Abtreibung ermöglicht, nicht aber an einer solchen, die hierzu eindeutig Nein sagt. Über das Geld will er seine Meinung durchsetzen. Das ist in hohem Maße unmoralisch.

Es ist schon infam, wenn ein Staat Kirchen hierzu benutzt. Er ist damit nicht einmal mehr weltanschaulich neutral. Er benutzt die Kirchen, um seine Politik, die nicht an einem von ernsthaften Christen vertretbaren Menschenbild orientiert ist, (noch) besser betreiben zu können. Aber Kirchen, die sich dazu benutzen lassen, versagen. Hier kann es keine Kompromisse geben. Zum einen steht das 5. Gebot dem entgegen und steht es zum andern überdies Kirchen schlecht an, solch ethisch nicht zu rechtfertigende Politik zu fördern. Sie sollten immer ideologiekritisch sein, sich aber nie von Ideologen kaufen lassen. Das derzeitige Verhalten evangelischer Kirchen und ihrer Werke steht ihnen schlecht an. Daß diese Zusammenhänge nie genannt werden, belegt noch lange nicht, daß sie nicht bekannt wären. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sie sehr wohl bekannt sind, aber absichtlich der Öffentlichkeit verschwiegen werden. Doch diese wenig beachteten Aspekte bei diesem ansonsten doch viel diskutierten Thema dürfen nicht übergangen werden.

(idea) **Schadet die Krippe Kleinkindern?**

Kinder im Kindergarten- und im Grundschulalter haben umso größere soziale Schwierigkeiten, je länger sie im Alter bis zu drei Jahren fremdbetreut wurden.

Washington/Zürich (idea) – Die Krippenbetreuung von Kleinkindern kann schädliche Auswirkungen im späteren Leben haben. Die Institutionen können die Rolle der Eltern nicht ersetzen. Das zeigen wissenschaftliche Langzeituntersuchungen aus den USA und der Schweiz. Das Für und Wider wird in Deutschland derzeit vermehrt diskutiert, weil ab 1. August jedes Kind vom ersten Geburtstag an Anspruch auf einen Krippenplatz hat. Eine der bisher größten Längsschnittstudien des Nationalen Instituts für Kindergesundheit und menschliche Entwicklung (NICHD/Washington) hat den Einfluss von Fremdbetreuung in mehr als 1.100 US-Familien aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen über 16 Jahre hinweg untersucht. Das Ergebnis: Kinder im Kindergarten- und im Grundschulalter haben umso größere soziale Schwierigkeiten, je länger sie im Alter bis zu drei Jahren fremdbetreut wurden.

Die negativen Effekte verstärkten sich laut Untersuchung noch, wenn die Qualität der Einrichtung zu wünschen übrig ließ. Wie einer der Initiatoren der Studie, der britische Entwicklungspsychologe Jay Belsky (London), erklärte, sind Kinder, die in der Krippe waren, ihren Altersgenossen, die zuhause betreut wurden, zwar in den kognitiven Fähigkeiten wie dem Spracherwerb oder dem Lesenlernen leicht voraus. Zugleich seien sie aber auch aggressiver, verhielten sich oft risikobereiter und neigten zu sozialen Auffälligkeiten.

Je mehr Fremdbetreuung, desto stärkeres Problemverhalten

Diese Beobachtungen decken sich mit einer Studie über den „Zusammenhang zwischen Quantität, Art und Dauer von externer Kinderbetreuung und Problemverhalten“, die Margit Averdijk vom Institut für Soziologie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich im vergangenen Jahr veröffentlicht hat. Die Untersuchung basiert auf Daten der langjährigen Zürcher Studie zur sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Das Ergebnis fasst Averdijk so zusammen: „Kinder, die in den ersten sieben Lebensjahren außerfamiliär in Gruppen betreut wurden, weisen mehr Problemverhalten auf.“ Das zeige sich etwa durch ein aggressives Auftreten, Aufmerksamkeitsdefizite oder auch Ängste und Depressionen.

Bestätigt wurde durch die US-Studie, dass der Einfluss der Eltern für die kindliche Entwicklung selbst dann am wichtigsten ist, wenn kleine Kinder ganztags außer Haus betreut wurden. Hat ein Kleinkind zuhause eher ein schlechtes Umfeld, dann kann das auch eine noch so gute Kindertagesstätte nicht aufwiegen. Umgekehrt gilt laut Studie: Hat ein Kind ein intaktes Elternhaus, dann schadet ihm auch eine zeitweise Fremdbetreuung nicht. Denn die familiären Einflüsse blieben auch dann erhalten, wenn Kind und Eltern zeitweise getrennt seien.

Über den Kampf für ungeborene Kinder

(idea) Für das Lebensrecht ungeborener Kinder haben rund 300 Christen bei einem „Fest für das Leben“ am 26. Juli in Nürnberg demonstriert. Der Leiter der veranstaltenden Gruppe „Weißer Friede“, Andreas Kotzke, wies den Eindruck zurück, dass in Deutschland weniger abgetrieben werde als früher. Die statistische Anzahl nehme nur deswegen ab, weil es immer weniger gebärfähige Frauen gebe. Kritik an der evangelischen Kirche übte der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Bekennender Christen (ABC) in Bayern und frühere Landessynodale, Rektor i. R. Martin Pflaumer. Das „Lippenbekenntnis“, dass jede Abtreibung eine zu viel sei, bleibe ohne Konsequenzen. Beispielsweise gebe es immer noch keine Korrektur der „Rosenheimer Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens und zu Fragen des Schwangerschaftsabbruchs“, die die bayerische Landessynode 1991 verabschiedet hatte. Die Kernaussage laute, dass die letzte Verantwortung für eine Abtreibung bei der Schwangeren liege. Auf die Folgen einer Abtreibung für die betroffenen Familien machte die Leiterin des SaveOne-Netzwerkes, Erika Wick (Fürth), aufmerksam. Geschwister des getöteten Kindes quälten sich häufig mit der Frage, ob ihre Existenz an der Abtreibung schuld sei.

Ein Schweigemarsch durch die Innenstadt wurde von antichristlichen Sprechchören linker Gegendemonstranten gestört.

„Marsch für das Leben“

Am 20. September fand in Berlin wieder der „Marsch für das Leben“ statt unter dem **Motto „Ja zum Leben – für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie“**.

2004 haben wir erstmals über eine Demonstration für das Leben in Berlin berichtet – 200 Personen haben damals daran teilgenommen. Die diesjährige Demonstration konnte mit rund 5.000 Teilnehmern einen neuen Rekord verzeichnen nach 1800, 2100, 3000 in den Jahren 2010 bis 2012 und 4500 Teilnehmern im letzten Jahr. Es ist ermutigend, dass immer mehr Menschen bereit sind, sich öffentlich gegen das massenhafte Töten ungeborener Kinder einzusetzen und dafür sogar auf die Straße gehen.

Wie schon in den Vorjahren wurde der „Marsch für das Leben“ massiv gestört von etwa 300 Gegendemonstranten, die dem Aufruf des Aktionsbündnisses „what the fuck“ und einem „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ gefolgt sind. Dahinter stehen die Linkspartei, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, die Grüne Jugend, der Humanistische Verband Deutschlands und der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg.

Es ist höchst widersprüchlich, wenn aus der politischen Ecke, die besonders lautstark Toleranz gegenüber allen möglichen Ansichten und Verhaltensweisen fordert, so abstoßende Parolen wie „Hätt Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“, „Gegen Christus“ oder „Heil Satan“ und „Frauenrecht statt Gottesknecht“ skandiert werden.

Bereits im Vorfeld des Marsches hatte sich die römisch-katholische Kirche hinter dessen Ziele gestellt. Papst Franziskus, der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück und zahlreiche katholische Bischöfe hatten Grußworte gesandt.

Beschämend ist dagegen, dass der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider kein Grußwort gesandt hat.

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat sich sogar ausdrücklich von dem Marsch distanziert. Die Kirchenleitung hatte Bischof Markus Dröge per Beschluss gebeten, „die inhaltliche Differenz“ zum Veranstalter, dem Bundesverband Lebensrecht, zu verdeutlichen. Der Unterschied bestehe darin, dass die Kirche dafür eintrete, die Gewissensentscheidung einer Frau im Schwangerschaftskonflikt zu achten. Schon im letzten Jahr hatte das Domkirchenkollegium abgelehnt, den Abschlussgottesdienst des „Marsches für das Leben“ im Berliner Dom stattfinden zu lassen mit der Begründung, man sehe es als problematisch an „die ausgesprochen sensiblen und komplexen Themen menschlicher Existenz – wie zum Beispiel einen Schwangerschaftsabbruch oder die Präimplantationsdiagnostik – zum Gegenstand einer Aktion mit dem Namen ‚Marsch für das Leben‘ zu machen“.

Grußworte übermittelten dagegen der Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Frank Otfried July und der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Hans-Jürgen Abromeit. July ruft darin zu einem „eindeutigen Ja zum Leben“ auf. Am Anfang und am Ende des Lebens sollten Menschen die größtmögliche Unterstützung erfahren, „so dass dieses große Ja nicht durch viele kleine ‚Neins‘ ausgehöhlt wird“. Abromeit dankt den Demonstranten, dass sie „dagegen

aufstehen, dass Menschen das von Gott geschenkte Leben verkürzen oder abbrechen – am Anfang oder am Ende des Lebens“.

Es wirkt scheinheilig, wenn sich bei so tiefgreifenden Differenzen in einer ethisch entscheidenden Frage die Leitungen unsere evang. Kirchen beleidigt geben über die Zurückhaltung der röm.-kath. und orthodoxen Kirchen in Sachen Ökumene. vB

(idea) **Das Menschenrecht auf Leben ist bedroht**

Das Recht des Menschen auf Leben ist sowohl am Anfang als auch am Ende immer mehr bedroht. Diese Meinung vertrat die Vorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL), Mechthild Löhr bei der Bundesversammlung des Vereins in Köln. Wie sie sagte, gibt es eine Kultur, „die immer selbstverständlicher euphemistisch die Tötung aus Mitleid oder Nächstenliebe propagiert“. Es werde eine rechtliche Legitimierung aus sozialen Gründen wie Unzumutbarkeit oder Krankheit gefordert. Das gelte nicht nur für die aktuelle Diskussion zur Sterbehilfe, sondern auch bei Abtreibung und der Selektion von Embryonen. Löhr verwies auf eine Aussage des Philosophen Robert Spaemann „Es gibt kein gutes Töten.“ Der Verein wolle dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen das Recht auf Leben in jeder Phase schützen und verteidigen: „Jeder Tod auf Bestellung‘ ist kein Ausdruck von Selbstbestimmung, sondern das definitive Ende menschlicher Solidarität.“

Verfolgte Christen

(idea) **Pakistanisches Gericht bestätigt Todesstrafe für Christin**

Die pakistanische Christin Asia Bibi soll sterben. Der Oberste Gerichtshof der Provinz Punjab bestätigte am 16. Oktober in Lahore die Todesstrafe gegen die Mutter von fünf Kindern

Unionsfraktionschef: Todesurteil gegen Christin aufheben

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder (Berlin) fordert, das Todesurteil gegen die pakistanische Christin Asia Bibi aufzuheben und sie freizulassen. Bibi war vor vier Jahren als erste Frau in Pakistan wegen angeblicher Lästerung des Islam zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Kauder befürchtet, dass die seit 1991 bestehenden Blasphemiegesetze in Pakistan missbraucht werden, um religiöse Minderheiten in dem islamisch geprägten Land zu benachteiligen. Er ruft die pakistanische Regierung auf, die Blasphemiegesetze zu ändern. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) stand das Gericht in Lahore unter massivem Druck radikaler Muslime. In der Vergangenheit hätten diese vielfach Richter und Anwälte in Blasphemie-Verfahren mit dem Tode bedroht. Bei der Verhandlung über den Fall Bibi unter Leitung der Richter Anwar Ul Haq und Shahbaz Ali Rizvi seien bis zu 25 islamische Geistliche anwesend gewesen. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin sieht darin einen Versuch, den Druck auf die Richter zu erhöhen. Es gebe keine Beweise für die Anschuldigungen gegen die Christin.

Bibi ist eine mittellose Landarbeiterin. Auf Anweisung eines Landbesitzers hatte sie Wasser für Feldarbeiterinnen geschöpft. Doch diese weigerten sich zu trinken, weil das Gefäß durch die Christin „unrein“ geworden sei. Sie beschuldigten Bibi, den Islam

beleidigt zu haben. Hunderte Muslime überfielen später ihr Haus und schlugen auf sie, ihren Mann und ihre Kinder ein, bis die Polizei einschritt. 2009 wurde gegen sie Anklage wegen Gotteslästerung erhoben. Ende 2010 verhängte ein Gericht in Nankana (Provinz Punjab) die Todesstrafe. Das seit 1991 bestehende pakistanische Blasphemiegesetz bestraft die Beleidigung des Propheten Mohammed, wird aber oft von Muslimen zum Austragen privater Streitigkeiten missbraucht. Mehr als 650 Christen sind wegen eines oft unbegründeten Verdachts angeklagt worden. Im Jahr 2011 wurden der Katholik Shabaz Bhatti, Minister für Minderheiten in Pakistan, und der Gouverneur der Provinz Punjab Salmaan Taseer, ein Muslim, ermordet, weil sie sich für Bibis Freilassung eingesetzt hatten. Von den 174 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus und der Rest Sikhs, Buddhisten und Anhänger anderer Religionen.

Oekumene

(idea) **Messianische Juden können sich am Stuttgarter Kirchentag beteiligen**

Am Deutschen Evangelischen Kirchentag 2015 in Stuttgart kann sich die messianisch-jüdische Bewegung beteiligen. Ihre Mitglieder sind Juden, die an Jesus als den im Alten Testament angekündigten Erlöser des Volkes Israel glauben. Sie verstehen sich als Teil des jüdischen Volkes und seiner Traditionen und wollen nicht Christen genannt werden. Beim nächsten Großtreffen des deutschen Protestantismus werden sie die Möglichkeit haben, in fairen Gesprächen ihre Meinung darzustellen und ihr Glaubenszeugnis zu zeigen, sagte der württembergische Landesbischof Frank Otfried July vor der in Stuttgart tagenden Landessynode. Nachdem Mitarbeiter des Kirchentags das Programm vorgestellt hatten, betonte der Bischof: „Messianische Juden haben Platz und Stimme auf dem Kirchentag. Darauf kommt es an.“ Damit widersprach July einem Beschluss des Kirchentagspräsidiums, wonach „messianische Gruppen nicht zur aktiven Mitwirkung zugelassen“ werden. Davon ist insbesondere der Evangeliumsdienst für Israel (EDI) betroffen, der messianisch-jüdische Gemeinden in Deutschland unterstützt. Der Kirchentag wirft ihnen vor, durch missionarische Aktivitäten unter Juden den christlich-jüdischen Dialog zu gefährden. July zufolge richtet sich der Kirchentagsbeschluss vor allem gegen ihre Mitwirkung auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Über die Berechtigung dieser Haltung könne man unterschiedlicher Meinung sein, da es auf dem „Markt der Möglichkeiten“ eine große Bandbreite sehr unterschiedlich ausgerichteter Organisationen gebe, so July.

Der Sprecher der theologisch konservativen Synodalgruppe „Lebendige Gemeinde“, Dekan Ralf Albrecht, forderte den Kirchentag auf, messianisch-jüdische Gemeinden und ihre Unterstützergruppen nicht vom „Markt der Möglichkeiten“ auszuschließen und „darauf zu achten, dass Foren eingerichtet werden, in denen die entsprechenden Gruppen auf Augenhöhe und mit Wertschätzung beteiligt werden“. Juden, die an Jesus glaubten, seien „unsere Glaubensgeschwister“, sagte Albrecht.

(idea) **Katholiken planen Volksinitiative**

Nach der Ablehnung des Gottesbezuges in der neuen Landesverfassung Schleswig-Holsteins durch den Kieler Landtag gehen Protestanten und Katholiken getrennte Wege: Die katholische Kirche plant eine Volksinitiative, um das Thema erneut auf die Tagesordnung des Parlaments zu bringen. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland will dagegen die Entscheidung akzeptieren. Dennoch hofft der Pressesprecher des Erzbistums Hamburg, Manfred Nielen, auf breite Unterstützung durch die evangelische Bevölkerungsmehrheit. Er geht davon aus, dass auch viele Protestanten einen Gottesbezug in der Landesverfassung begrüßen. „Schließlich ist Schleswig-Holstein das Bundesland mit der größten protestantischen Bevölkerungsmehrheit“. 53% der 2,8 Millionen Einwohner sind evangelisch, 6% katholisch.

Bischof: Entscheidung des Parlamentes akzeptieren

Unterdessen hat sich der Bischof des Sprengels Schleswig und Holstein der Nordkirche, Gothart Magaard (Schleswig), gegen eine Volksinitiative gewandt. Die Nordkirche habe stets betont, das Votum des Parlaments zu akzeptieren. „Ich werde diese Haltung nach dem Nein des Landtags zum Gottesbezug in der Verfassung nicht aufgeben.“ Zugleich bedauerte Magaard die Entscheidung des Parlaments: „Es hätte gute Gründe gegeben, den Gottesbezug in die Präambel aufzunehmen.“ In der Präambel zum deutschen Grundgesetz ist die Formel „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ enthalten. Ähnliche Hinweise finden sich in sieben der 16 Landesverfassungen.

(idea) **Gottesbilder moderner Theologen widersprechen der Bibel**

Viele zeitgenössische Theologen vertreten Gottesbilder, die mit der Bibel unvereinbar sind. Diese Kritik wurde bei der Jahrestagung der theologisch konservativen Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) geübt, die vom 27. bis 29. Juni 2014 in Riederau (Oberbayern) stattfand. Als Beispiele nannte der Vorsitzende der „Lebendigen Gemeinde München“, Pfarrer Dieter Kuller, Vorstellungen, wie sie etwa die Professoren Matthias Kroeger und Klaus-Peter Jörns sowie der Pfarrer und Karikaturist Werner „Tiki“ Küstenmacher propagieren. Manche moderne Theologen gingen von der Annahme aus, dass sich der Glaube an die Göttlichkeit Christi nicht mehr mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und den Gesetzen der Logik vereinbaren lasse. Sie lehnten daher sämtliche Aussagen über Jesus Christus im Glaubensbekenntnis – Jungfrauengeburt, Sühnetod am Kreuz, leibliche Auferstehung und Wiederkunft – „zumindest ihrem wörtlichen Verständnis nach“ ab. Kuller warf Küstenmacher zudem vor, eine „Alles wird gut“-Philosophie zu verbreiten. Dass die Bibel auch Unheilsankündigungen, Warnungen und Bußrufe enthalte, blende er aus. „Wenn man sich genauer ansieht, was moderne Theologen an die Stelle der Bibel zu setzen haben, kehrt man gerne wieder zur Heiligen Schrift zurück“, so Kuller. Dort werde klar und verständlich zum Vertrauen zu Gott aufgerufen. Deshalb werde die Bibel seit Jahrhunderten von Menschen aller Bildungsschichten mit Gewinn gelesen.

Am Absolutheitsanspruch festhalten

Der Fachbereichsleiter für Religions- und Missionswissenschaft an der Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule Basel, Prof. Harald Seubert, mahnte, den Absolutheitsanspruch des christlichen Glaubens nicht aufzugeben. Er lehnte sowohl den

Gedanken des katholischen Theologen Karl Rahner (1904-1984) ab, Anhänger anderer Religionen könnten als „anonyme Christen“ bezeichnet werden, als auch die Idee, dass sich Gott in allen Religionen offenbart habe. Ein Vergleich der verschiedenen Religionen zeige, dass der urmenschliche Wunsch nach Vergebung der Sünde, nach Anleitung für ein sinnerfülltes Leben und nach Überwindung des Todes nur im Glauben an Jesus Christus Erfüllung finde.

Zur Integration von Muslimen

(idea) **„Moderater“ Islam wird sich von Dschihadisten nicht scharf abgrenzen**

Immer wieder werden Forderungen laut, dass der „moderate“ Islam schärfer gegen militante Muslime – Dschihadisten genannt – vorgeht. Solche Appelle westlicher Politiker und Kirchenleiter sind nach Ansicht des evangelikalen Islam-Experten Pfarrer Eberhard Troeger „ziemlich naiv“. Es sei nicht zu erwarten, dass der in Verbänden organisierte Islam in Deutschland sich eindeutig gegen die Dschihadisten wenden werde, schreibt er in einem Kommentar für idea.

Dies habe unter anderem strukturelle Gründe. Der Islam sei keine Kirche, sondern eine Mischung aus Volksreligion, Staatsreligion und religiös begründetem Staat. Er kenne deshalb von Haus aus keine Gemeindestrukturen und keinen Ausschluss aus der Gemeinde. Eine Aberkennung der Zugehörigkeit zum Islam sei nicht vorgesehen: „Deshalb können muslimische Extremisten, auch wenn sie aus westlicher Sicht Verbrecher und Mörder sind, nicht aus dem Islam ausgeschlossen werden.“ Laut Troeger gäbe es nach islamischem Rechtsverständnis nur die Möglichkeit, dass ein internationales repräsentatives Gremium von Rechtsgelehrten in einem Gutachten erklärt, dass bestimmte Verhaltensweisen von Dschihadisten gegen das islamische Recht – die Scharia – verstoßen. Solange es ein solches Rechtsgutachten nicht gebe, „werden sich die muslimischen Verbände in Deutschland – zumal sie in sich sehr heterogen sind – hüten, ein Urteil über das Handeln einzelner Dschihadisten oder dschihadistischer Gruppen zu fällen“.

Auch Mohammed bekämpfte Feinde mit Waffengewalt

Troeger führt ferner historische Gründe an. Der Prophet Mohammed habe im Namen Allahs die Feinde mit Waffengewalt bekämpft. Auch die sogenannten moderaten Muslime beriefen sich auf Mohammed. Sein Vorbild habe in der Geschichte des Islam immer wieder dazu geführt, dass sich in bestimmten Situationen oppositionelle Gruppen radikalisierten, „um den idealen Islam im Kampf gegen die ‚schlechte‘ Mehrheit mit Waffengewalt zu verwirklichen“. Heute erlebe diese reaktionäre Ausprägung eine Wiedergeburt. Dies werde provoziert durch die politische, technologische und kulturelle Überlegenheit des Westens. Dass der gemäßigte Islam sich nicht schärfer von militanten Muslimen abgrenzt, hat laut Troeger ferner theologische Gründe. Im Hauptstrom des Islam werde traditionell gelehrt, dass alle Handlungen des Menschen – ob gut oder böse – von Allah vorbestimmt seien. Konsequenterweise bedeute dies, dass auch die Taten der muslimischen Extremisten von Allah vorbestimmt seien. Wer sie anprangere, greife folglich in das Recht Allahs ein. Er gelte als absolut frei in seinem Handeln. Dem müsse sich jeder Muslim unterordnen. Im Westen sei ein solches Denken unbegreifbar.

(idea) „Islamischer Staat“ erklärt Christen den Krieg“

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) hat allen Christen den Krieg erklärt. Ziel von IS sei ein weltweiter Islamischer Staat, und dafür werde man kämpfen, bis die schwarze Flagge der Terrorgruppe selbst über dem Vatikan wehe. Wenn die jetzige IS-Generation das Ziel nicht erreiche, dann werde es den Kindern oder Enkeln gelingen. Sie würden die Söhne der Christen auf dem Sklavenmarkt verkaufen, heißt es im IS-Propagandamagazin „Dabiq“. Der Sprecher der Terrororganisation, Abu Mohammad al-Adnani, setzt die Militäreinsätze westlicher Staaten zur Bekämpfung von IS mit den mittelalterlichen Kreuzzügen gleich. Aber auch diese jüngste Kampagne werde scheitern; anschließend werde man die Christen „jagen“, so Adnani. „Wir werden euer Rom erobern, eure Kreuze zerbrechen, eure Frauen versklaven, wie es Allah, der Höchste, gestattet.“ Alle Länder, die sich am „Kreuzzug“ gegen IS beteiligen, müssten mit Anschlägen rechnen, besonders die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien und Deutschland. Jeder Muslim sollte sein Haus verlassen, einen „Kreuzfahrer“ (Christen) finden und ihn töten. Die Online-Zeitschrift Dabiq erschien erstmals im Juli; der Artikel ist in der vierten Ausgabe enthalten. Dabiq ist der Name einer Stadt im Norden Syriens, wo sich nach islamischer Überlieferung der Endzeitkrieg zutragen wird.

Kurdischer Oberst wird Christ

IS hat bislang rund eine halbe Million Christen, Jesiden und gemäßigte Muslime aus dem Norden Iraks vertrieben und dort wie auch in Syrien ein „Kalifat“ ausgerufen. In dem „Gottesstaat“ setzen die Extremisten das islamische Religionsgesetz, die Scharia, mit brutalsten Mitteln durch. Sie scheuen auch vor Enthauptungen und Vergewaltigungen nicht zurück. Das Hilfswerk „Christian Aid Mission“ berichtet dass ein Divisionskommandeur der kurdischen Peschmerga-Miliz Christ geworden sei. Ihn habe beeindruckt, dass Christen aus aller Welt den Flüchtlingen und den Kurden Hilfe leisten. Hingegen hatten Araber aus der Region des Persischen Golfes nur Terroristen entsandt, so der Oberst, der aus Sicherheitsgründen nicht mit Namen genannt werden will.

Aufgelesen

(idea) **Wäre die Kirche ohne Kirchensteuer besser dran?**

Die Kirche wäre ohne Kirchensteuer besser dran. Dieser Ansicht ist der bayerische evangelische Pfarrer Jochen Teuffel. In einem Beitrag für die Evangelische Nachrichtenagentur idea plädiert er für eine Abschaffung der Kirchensteuer stufenweise innerhalb von 40 Jahren. Sie sei eine Zwangsabgabe und widerspreche der christlichen Botschaft und den Bekenntnissen der lutherischen Kirche. Christen sollten allein durch freiwillige Gaben den Auftrag der Kirche unterstützen. Freiheit sei ein Grundpfeiler der christlichen Gemeinschaft. Gesetzliche Zwangsverhältnisse ließen sich damit nicht vereinbaren. Es sei ein Skandal, dass getaufte Christen durch den Austritt aus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts vom Abendmahl ausgeschlossen werden. Die Lehre von der Rechtfertigung des Sünders allein durch Glauben werde damit in Frage gestellt. Durch die Kirchensteuer drohe der Mammon, das Evangelium zu verdrängen:

„Je größer das Budget der verfassten Kirchen, desto mehr Entscheidungen werden in Abhängigkeit vom Geld getroffen.“ Das derzeitige Kirchensteuersystem versperre den Weg zum nachhaltigen Gemeindebau und zur Mission.

Im Gegenzug sollten Kirchengemeinden einen zunehmenden Anteil ihrer Kosten selbst decken. Langfristig sollte jede Gemeinde die alleinige Verantwortung für sich tragen. Gemeinden, die sich nicht mehr selbst finanzieren könnten, müssten sich schlimmstenfalls auflösen. Teuffel ist Autor des Buches „Rettet die Kirche. Schafft die Kirchensteuer ab!“, das im fontis Verlag (Basel) erscheint.

Widerspruch der EKD: „Die Kirchensteuer trägt keine Schuld“

Teuffels Forderungen widerspricht der Leiter der Finanzabteilung des EKD-Kirchenamtes, Oberkirchenrat Thomas Begrich. Die Kirchensteuer trage an den Problemen der Kirche keine Schuld. Weder mache sie Pfarrer faul, noch Gemeinden träge. Voraussetzung jeder Gemeinschaft sei es, sich mit den vorhandenen Gaben und Möglichkeiten einzubringen. Die Kirchensteuer sei ein „fares, gerechtes und solidarisches Element eines mitgliedsbezogenen Finanzbeitrages“. Sie ermögliche ein breites und vielfältiges kirchliches Leben und stehe nicht im Widerspruch zum Evangelium. Begrich verwies auf Artikel 15 der lutherischen Bekenntnisschrift Confessio Augustana: „Von Kirchenordnungen, die von Menschen gemacht sind, lehrt man diejenigen einzuhalten, die ohne Sünde eingehalten werden können und die dem Frieden dienen und der guten Ordnung der Kirche ...“ Dies gelte auch für die Kirchensteuer.

Jochen Teuffel, „Rettet die Kirche. Schafft die Kirchensteuer ab!“, ISBN: 978-3-03848-011-2, Verlag: 'fontis-Verlag Basel, 12,99 EUR

EKD: Man spricht „geschlechtergerecht“

Überall in der evangelischen Kirche und der Diakonie soll sich die geschlechtergerechte Sprache durchsetzen. Tipps, wie das Weibliche und das Männliche gleichberechtigt zu benennen ist, gibt ein Faltblatt, das die EKD in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung erstellt hat. Die Leiterinnen und Leiter kirchlicher Einrichtungen sollen ihre „Mitarbeitenden“ in Dienstbesprechungen den korrekten Sprachgebrauch beibringen.

Scharfe Kritik übt der oft als „Sprachpapst“ titulierte Journalist Wolf Schneider. Er sagte der Evangelischen Nachrichtenagentur idea, die sogenannte geschlechtergerechte Sprache beruhe auf drei Hauptirrtümern. Erstens: Das natürliche Geschlecht habe mit dem grammatischen Geschlecht irgendetwas zu tun. Schneider: „Hat es nicht: z.B. ‚das Weib!‘“ Der zweite Irrtum sei die Annahme, dass die geschlechtergerechte Sprache im deutschen Sprachraum „mehr Menschen als Alice Schwarzer und eine kleine Minderheit engagierter Feministinnen“ erfreue. Schneider: „Tut sie nicht. Die Mehrheit findet sie überflüssig, eine große Minderheit lächerlich und penetrant.“ Der dritte Irrtum sei, dass sich die geschlechtergerechte Sprache konsequent durchhalten lasse. Schneider: „Lässt sie nicht. Denn dann brauchten wir ein Einwohnerinnen- und Einwohnermeldeamt – und bitte das Christinnen- und Christentum.“

(idea) **Jeder dritte Bewohner ist Christ**

Auf der Erde leben gegenwärtig 7,25 Milliarden Menschen. Gegenüber 1990 hat die Weltbevölkerung damit um gut ein Drittel zugenommen. Jedes Jahr kommen etwa 80 Millionen Bürger hinzu. Bis 2050 prognostizieren die Vereinten Nationen (New York) einen Anstieg auf 9,2 Milliarden Menschen. Das geht aus Angaben zum Weltbevölkerungstag am 11. Juli hervor. Derzeit ist jeder dritte Erdenbewohner ein Christ, so das Zentrum für Studien der Weltchristenheit am theologischen Gordon-Conwell-Seminar in South Hamilton bei Boston. Es beziffert die Zahl der Christen auf 2,4 Milliarden. Dahinter folgen Muslime (1,7 Milliarden), Hindus (eine Milliarde), Buddhisten (514 Millionen), Anhänger chinesischer Volksreligionen (436 Millionen), Angehörige von Stammesreligionen (251 Millionen), Sikhs (25,5 Millionen) und Juden (14 Millionen). Dem Institut zufolge gibt es daneben 683 Millionen Nicht-Religiöse und 137 Millionen Atheisten. Den Rest bilden Anhänger sogenannter Neu- bzw. Trend-Religionen. Das Studienzentrum geht davon aus, dass die Weltbevölkerung 2025 die Marke von acht Milliarden Menschen erreicht haben wird. Dann werde die Zahl der Christen voraussichtlich bei 2,7 Milliarden Christen liegen. Ihr Anteil beliefe sich dann auf 33,7 Prozent der Weltbevölkerung. Daneben wird es, so die Prognose, zwei Milliarden Muslime geben, 1,1 Milliarden Hindus, 685 Millionen Nicht-Religiöse, 562 Millionen Buddhisten, 420 Millionen Anhänger chinesischer Volksreligionen, 261 Millionen Angehörige von Stammesreligionen, 130 Millionen Atheisten, 29 Millionen Sikhs und 15 Millionen Juden.

(idea) **Badische Synode soll die EKD kritisch begleiten**

Die badische evangelische Landessynode soll das Zusammenwirken der Landeskirchen und der EKD überprüfen. Dafür setzt sich eine Initiative von rund 20 Theologen und Laien ein. In einer „Eingabe“ an das Kirchenparlament ermutigt sie zu einer „kritischen Begleitung“ des EKD-Kirchenamtes in Hannover und seiner Führungspersonen. Es seien mehrere einseitige Vorstöße und Vorgaben gemacht worden, was in den Landeskirchen und Kirchengemeinden Unverständnis ausgelöst habe. Es gebe einen erheblichen Vertrauensverlust. „Unbestreitbar hat sich die Vorgehensweise der EKD-Führung zunehmend dahingehend verändert, dass grundlegende Wahrheiten unserer Kirche unklar geworden sind und in Frage gestellt oder gar in Abrede gestellt wurden“, heißt es in der Eingabe, für die Pfarrer Hans-Gerd Krabbe als Kontaktperson fungiert. Viele Beispiele belegten eine „Unkultur der kirchlichen Beliebigkeit“. Die Eingabe erinnert an Aussagen des EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider seine krebserkrankte Frau Anne aus Liebe notfalls zur Selbsttötung in die Schweiz zu begleiten. Damit habe Schneider offensichtlich ein neues Argumentationsmuster eingeführt. Es laute: „Es ist zwar gegen meine (Glaubens-) Überzeugung, aber aus Liebe zu (z.B. meiner Frau) entscheide und handle ich auch ganz andersherum.“ Damit sei „jeder Total-Autonomie, jeglichem Rigorismus, jeder subtilen Willkür Tür und Tor geöffnet“ worden. Für verwirrend hält die Eingabe Aussagen der EKD-Reformationsbotschafterin Margot Käßmann. Anstatt dem Eindruck zu widersprechen, Martin Luther (1483-1546) habe grundsätzlich zum Judenhass aufgerufen, stimme sie in den Chor der missgünstigen Lutherkritiker ein. Das sei „schwer erträglich“ und werfe die

Frage auf, „mit welcher Kompetenz und in wessen Namen sie eigentlich öffentlich spricht“.

Rechthaberisches Festhalten an der „Orientierungshilfe“

Der Eingabe zufolge hat der Rat der EKD große Irritationen mit der „Orientierungshilfe“ zu Ehe und Familie ausgelöst. Das 2013 veröffentlichte Papier rückt von der traditionellen Ehe als alleiniger Norm ab und zeichnet ein Familienbild, das andere dauerhafte Lebensgemeinschaften, etwa gleichgeschlechtliche Partnerschaften, einschließt. Nach Ansicht der Initiativgruppe wurde diese „unnötige und überflüssige Belehrung“ mit einer „Un-Theologie“ verbunden, „wie sie in unserer Kirche bisher noch nie vertreten wurde und sogar bei unkirchlichen Journalisten Entsetzen und Häme hervorgerufen hat“. Den Spott hätten auch viele Kirchenmitglieder zu spüren bekommen. Bis heute jedoch hätten der Rat der EKD und dessen Vorsitzender „geradezu kritikresistent und rechthaberisch“ am Familienpapier festgehalten. Weitere „skandalöse Provokationen“ seien der Videoclip der EKD-Frauen- und Männerarbeit „Eine Tür ist genug“ sowie die Einrichtung des EKD-Zentrums für Genderfragen. Beides koste Geld, das in den Gemeinden fehle. „Wen überrascht es da, wenn aufmerksame Gemeindeglieder ihre innere Verbindung zu unserer Kirche immer mehr lockern und schließlich lösen?“ Als Vorstandsvorsitzender des Studienzentrums amtiert der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh (Karlsruhe). Als jüngstes Beispiel für die Entfremdung der EKD von der Kirchenbasis nennt die Eingabe, dass auf Betreiben der Kirchen künftig Banken die Kirchensteuer auf Kapitalerträge im Auftrag der Kirchen einziehen werden. Damit habe die EKD eine Kirchenaustrittswelle verursacht, unter der die Gemeinden zu leiden hätten.

Laut Krabbe versteht sich die Eingabe als Problemanzeige und Alarmsignal. Sie schließt mit dem Wunsch, dass sich die Synode „für eine neue Kultur der Aufrichtigkeit, der theologischen Wahrheitsbindung und des wechselseitigen Vertrauens sowie gegenseitiger Wertschätzung zwischen den verschiedenen Ebenen unserer Volkskirche“ einsetzt. Das Anfang des Jahres neu gewählte Kirchenparlament kommt vom 19. bis 23. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung in Bad Herrenalb zusammen.

Nachruf zum Tod von Wolfhart Pannenberg

(1928 -2014)

Am 4. September 2014 starb Professor Dr. Dr. h.c. Wolfhart Pannenberg im Alter von 85 Jahren. Die LGM gedenkt in Dankbarkeit eines großen Theologen, der sich nicht wie so viele andere dem Zeitgeist gebeugt, sondern Schrift und Bekenntnis der evang.-luth. Kirche zum Maßstab seines Lehrens und Lebens gemacht hat. Er scheute sich auch nicht vor unpopulären Reaktionen. So gab er 1997 das ihm verliehene Bundesverdienstkreuz I. Klasse unter Protest zurück, als diese Auszeichnung von Bundespräsident Roman Herzog einer prominenten lesbischen Feministin in der EKD verliehen wurde.

Im Jahr 1968 wurde Pannenberg aus Mainz auf den Lehrstuhl für Fundamentaltheologie und Ökumene der neugegründeten Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen. Dort gründete er einen Zentralpunkt seiner Forschungen: das Institut für Fundamentaltheologie und Ökumene zur

Förderung des Dialogs mit der röm.-kath. Theologie. Seine ökumenische Aufgeschlossenheit zeigte sich auch darin, dass unter seinen Doktoranden viele Katholiken waren. Einige von ihnen machten als Bischöfe Karriere wie Kardinal Walter Kasper und Kurienkardinal Kurt Koch, die in den Vatikan berufen wurden. Die Bibliographie seiner Bücher und Aufsätze umfasst nahezu 700 Titel mit weltweiter Resonanz. V.a. sein dreibändiges Hauptwerk „Systematische Theologie“ fand internationale Anerkennung. Die Liste der Sekundärliteratur über Wolfhart Pannenberg ist schier unübersehbar.

Die LGM denkt mit Hochachtung an das segensreiche Wirken von Professor Pannenberg. Er starb im festen Glauben an die Auferstehung Jesu Christi. Als Christen wissen wir, dass das letzte Wort nicht der Tod, sondern der Auferstandene hat, der zu uns sagt: „Ich lebe, und ihr sollt auch leben.“ (Joh 14,19). DK

Literaturhinweise

Hanns Leiner: Gibt es einen neuen Kirchenkampf ? – Das Ringen um die wahre Kirche (VTR Nürnberg, 2014, 178 S., ISBN 978-3-941750-77-7 € 14,80)

StD i. R. Hanns Leiner benennt Fehlentwicklungen und Verfallserscheinungen unserer Kirche und zeigt auf, wo und wie sie die Grundlage von Schrift und Bekenntnis außer Acht lässt. Für alle, denen ihre Kirche nicht gleichgültig ist, eine wichtige Lektüre.

Ingo und Solvey Resch: Biblische Geschichte in Bildern und Reimen

(Resch-Verlag Gräfelfing, 2014, 11 S., ISBN 978-3-935197-70-0 € 12,90)

Ein schönes Weihnachtsgeschenk für schon etwas größere Kinder und Enkel, aber auch für interessierte Erwachsene: Biblische Geschichten in gereimter Form und mit oft überraschenden Erkenntnissen, illustriert mit farbigen Bildern aus rund 900 Jahren Kunstgeschichte.

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der evangelischen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert Ihnen aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich** (zzgl. Versandkosten):

€ 6,80 Euro für Privatpersonen,

€ 4,90 Euro für Schüler, Studenten, Azubis, BFDler, Diakonissen.

Versandkosten: Deutschland 1,90€ - Europa 2,25€ - Welt 4,10€

Sie können *ideaSpektrum* jetzt 3x gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind unter folgender Telefonnummer und über die *idea* Homepage möglich: **(0 64 41) 915 – 122 / www.idea.de**

Feld für
Adresse und Postvermerk

Wir danken den Spendern, die die Herausgabe dieses Informationsbriefes wieder ermöglicht haben. Da wir keinerlei Zuschüsse erhalten, sind wir **auf Ihre Spenden angewiesen.**

Die Druck- und Versandkosten sind ausgereizt und kaum beeinflussbar.

In eigener Sache:

Nach der arbeitsaufwendigen Umstellung unserer Adressdatei sind wir in der Lage, auch eMail-Adressen zu erfassen. Wir wären dankbar, wenn Sie uns - soweit noch nicht geschehen - **Ihre eMail-Adresse mitteilen** unter lgm-mail@gmx.de und erlauben, ggf. auf diesem Wege mit Ihnen in Kontakt zu treten. Wer die InfoBriefe bisher per Post erhielt, bekommt sie auch weiterhin auf dem Postweg.

Wir danken auch für die Zuschriften, die wir sorgsam bedenken. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht alle individuell beantworten können, da wir ehrenamtlich arbeiten und über kein Büro verfügen.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben. ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de

Druck: IRIS Buch- und Offsetdruck Karl Singer e. K., Zugspitzstr. 14, 81541 München

Herstellung und Versand der InfoBriefe kosten viel Geld, das durch Spenden aufgebracht wird. **Wir bitten und hoffen, dass viele Freunde mit Spenden die Herausgabe des Infobriefes auch weiterhin ermöglichen.**

Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.

Unsere Bankverbindung: Evangelische Kreditgenossenschaft EG
BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 Konto Nr. 3403904, BLZ: 52060410, (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden